

CORONAVIRUS

INFO-SERVICE FÜR BETRIEBE



SPIK - Sozialpolitik informativ & kurz

Newsletter Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit 30.7.2020

Inhaltsübersicht

- OECD- Beschäftigungsausblick 2020 im Zeichen von Corona
- Demografie: Düstere Aussichten für Europa
- Österreich profitiert von Zuwanderung aus der EU – wie lange noch?
- Fakt des Monats: Der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen steigt und steigt
- Buchtipp: Personalmaßnahmen in Krisenzeiten

30.06.2020, 0:00

OECD- Beschäftigungsausblick 2020 im Zeichen von Corona

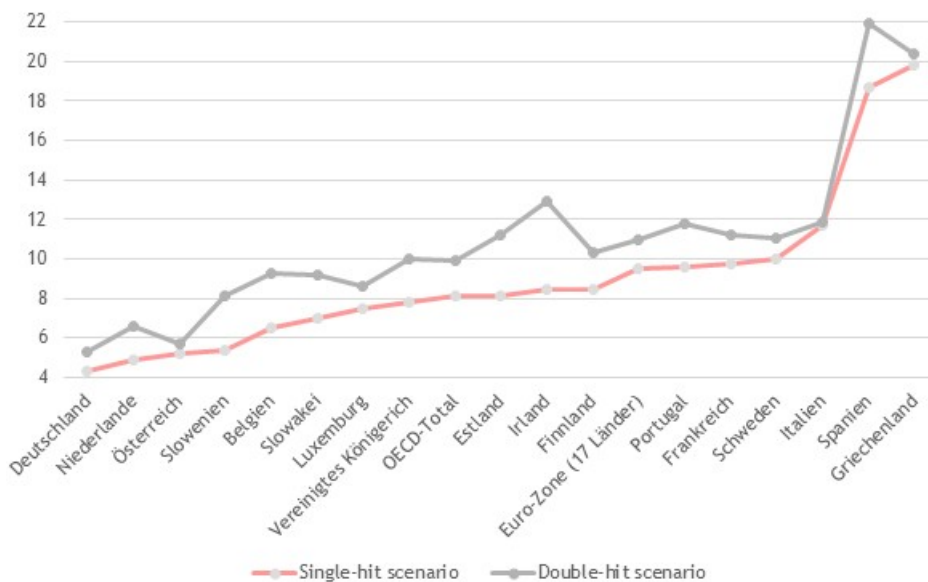
Der aktuell erschienene [OECD-Beschäftigungsausblick](#) gibt einen Überblick, wie die einzelnen Länder auf die Covid-19-Krise reagiert haben, und wagt einen Blick auf die Jahre 2020/21. Kurzarbeit und Homeoffice waren eindeutig jene Instrumente, mit denen es gelang, die Beschäftigten zu halten. Die Arbeitslosigkeit wird 2020 ein Rekordhoch erreichen und erst 2021 zurückgehen. Österreich schneidet vergleichsweise gut ab.

Österreichs Arbeitsmarkt entwickelt sich besser als im OECD-Schnitt

Covid-19 hat alle untersuchten Länder hart getroffen. Österreichs Arbeitsmarkt dürfte sich aber – ähnlich wie jener in Deutschland - deutlich besser entwickeln als der OECD-Durchschnitt. Während der Beschäftigungsrückgang entsprechend den OECD-Prognosen sowohl in Österreich als auch in Deutschland für 2020 unter einem Prozent liegen wird, wird es Schweden mit einem Minus von 3 % und Großbritannien mit über 8 % weiter stärker treffen. Österreich gehört neben Luxemburg und Deutschland zu jenen europäischen Ländern mit den geringsten negativen Beschäftigungsentwicklungen.

Ähnlich verläuft die Prognose zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit für das Jahr 2021, die Österreich einen weit geringeren Anstieg als den meisten anderen OECD-Ländern in Europa prognostiziert.

Prognose der Arbeitslosenquote für 2021



© WKÖ

Quelle: OECD, Employment Outlook 2020

Erklärung:

Single hit-Szenario: Szenario mit einer Corona-Welle im Frühjahr 2020

Double-hit-Szenario: Szenario unter der Annahme einer 2. Corona-Welle Ende 2020

Starke Inanspruchnahme von Kurzarbeit und Homeoffice

Es erwies sich während der Corona-Krise zweifellos als Vorteil, dass Österreich bereits auf Erfahrungen mit der Kurzarbeit zurückgreifen konnte. Damit konnte der Anstieg der Arbeitslosigkeit gedämpft werden. Viele Länder zogen nach und etablierten ein ähnliches Modell. Während in Frankreich über 50 % der Betriebe Kurzarbeit beantragten, lag die Rate in Österreich und Deutschland mit über 30 % deutlich niedriger. Den Prognosen zufolge wird die tatsächliche Nutzung von Kurzarbeit weit darunterliegen.

Neben Kurzarbeit leistete rasch umgesetztes Homeoffice einen wichtigen Beitrag, die Folgen des Lock-down abzufedern und damit auch Beschäftigung zu sichern. Jene Arbeitnehmer, die von zu Hause arbeiten konnten, waren von der Krise weniger betroffen, konnten die Kinderbetreuung besser arrangieren und tendenziell weit häufiger weiterarbeiten.

Ebenso hilfreich war es, wenn Länder Weiterbildungen *rasch* auf online-Trainings umstellen konnten. Auch hier wird Österreich positiv als eines jener Länder erwähnt, die diese Form des Lernens bereits in Vor-Corona-Zeiten etabliert hatten und damit gut vorbereitet waren.

Viele Länder, so auch Österreich, haben die Transferleistungen für Arbeitslose ausgebaut. Ebenso erfolgte ein Ausbau der Transfers für selbständig Erwerbstätige. Die OECD erwähnt hier ausdrücklich Österreich und dessen Härtefallfonds als Beispiel für ein Modell zur Unterstützung von Selbständigen.

Gute berufliche Ausbildung der jungen Menschen erleichtert den Berufseinstieg

Die berufliche Ausbildung, etwa in Form der betrieblichen Lehre, scheint auch während der Corona-Krise ein wichtiges Instrument zu werden, um die Jugendarbeitslosigkeit gering zu halten. Junge Menschen schneiden nach den neuesten Analysen des Beschäftigungsausblicks bedeutend besser ab, wenn sie über eine berufliche Ausbildung verfügen und nicht nur über einen allgemeinen Abschluss. Gerade in der aktuellen Situation, in der vor allem der Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert wird und für den Anstieg der Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, erweist sich die betriebliche Lehre damit als Erfolgsfaktor, der die Chancen der jungen Menschen entscheidend verbessern kann.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie werden noch einige Zeit zu spüren sein. Neben der Kurzarbeit wird künftig die berufliche Weiterbildung eine wichtige Rolle einnehmen. Österreich hat bereits gute Instrumente, damit Qualifizierungen in enger Kooperation mit den Betrieben stattfinden können. Damit Österreich seine vergleichsweise gute Position am Arbeitsmarkt halten und - noch besser - ausbauen kann, sollten diese Instrumente der betrieblichen Bildung künftig im Fokus stehen und weiterentwickelt werden.

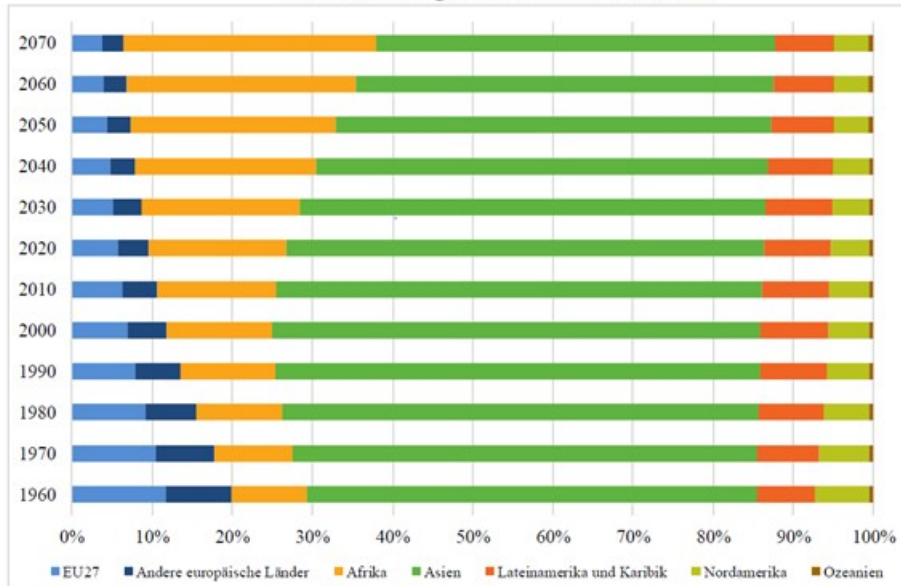
von Mag. Gabriele Straßegger

Demografie: Düstere Aussichten für Europa

Am Höhepunkt der Corona-Epidemie erschien der „Demographic Outlook for the European Union 2020“. Kurz danach erschien der Bericht der Kommission zur Auswirkung des demographischen Wandels. Letztlich zeigt sich ein düsteres Bild von der Zukunft Europas: Lebten 1960 noch 12% der Weltbevölkerung in den EU27-Staaten (ohne Großbritannien), sind es derzeit noch 6%, 2070 weniger als 4%.

Zwei Trends sind dafür ausschlaggebend: Die Bevölkerung Europas schrumpft langfristig, die Weltbevölkerung wächst immer noch rasant. Aktuell leben in der EU 513,5 Mio Menschen. Schon jetzt verzeichnet die EU mehr Sterbefälle als Geburten. Dank Zuwanderung soll die Bevölkerung dennoch bis 2040 noch leicht auf 524,7 Mio wachsen und ab dann – trotz Zuwanderung – schrumpfen. Zum Vergleich: 1960 lebten in Afrika 280 Mio Menschen, heute sind 1.340 Mio, im Jahr 2100 sollen es 4.300 Mio sein und damit neunmal so viel wie in der EU.

Weltbevölkerung nach Kontinent, 1960-2070



Quelle: Vereinte Nationen, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Abteilung Bevölkerungsfragen (2019).

© VEREINTE NATIONEN

Doppelt so viele Geburten in Nigeria wie in der EU

Wesentlicher Treiber dieser Entwicklung sind unterschiedliche Geburtenraten: Die Aufrechterhaltung der Bevölkerung erfordert eine Fertilität von 2,1 Kindern je Frau. Aktuell bringt eine EU-Bürgerin im Schnitt 1,55 Kinder zur Welt. Insgesamt kamen in der EU 2018 4,25 Mio Kinder zur Welt (allein in Nigeria waren es fast doppelt so viele). Dabei würde es in der EU ohne die migrantische Bevölkerung, die überdurchschnittlich viele Geburten verzeichnet, noch schlechter ausschauen.

Auch die Alterung wirkt – sie ist aber absolut nichts Neues: In Europa steigt die Lebenserwartung stetig seit etwa dem Jahr 1850 an. Zuletzt verflachte sich der Anstieg etwas.

Innerhalb der EU entwickelt sich die Bevölkerung unterschiedlich: Einerseits weil die Fertilität erheblich variiert zwischen 1,88 Geburten je Frau in Frankreich und 1,23 Geburten in Malta, Österreich liegt mit 1,53 Geburten knapp unter dem Schnitt. Andererseits verzeichnen v.a. die neuen EU-Staaten eine massive Abwanderung, Länder wie Österreich eine erhebliche Zuwanderung.

Zuwanderung, Familienpolitik und Einigkeit

Die Bedeutung der EU und von Europa insgesamt in der Welt wird rapide zurückgehen. Gezielte Zuwanderung und proaktive Familienpolitik können den demographischen Niedergang bremsen. Der BREXIT ruft uns in Erinnerung: Am wichtigsten ist die Einigkeit Europas.

Demographic Outlook for the European Union

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/646181/EPRS_STU\(2020\)646181_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/646181/EPRS_STU(2020)646181_EN.pdf)

Bericht der Kommission zur Auswirkung des demographischen Wandels

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/commission-report-impact-demographic-change-17june2020_de.pdf

von Mag. Dr. Rolf Gleißner

Osterreich profitiert von Zuwanderung aus der EU – wie lange noch?

Die Statistik Austria veröffentlichte im Juli die Zuwanderungsstatistik für das Jahr 2019. Die Nettozuwanderung (= Zuwanderung minus Abwanderung) lag 2019 bei 40.613, dies entspricht einem Plus von 15 % im Vergleich zum Vorjahr.

4/5 der Zuwanderer stammen aus der EU, größter Anstieg bei deutschen Staatsangehörige

Mehr als 4/5 der Nettozuwanderung entfielen im Jahr 2019 auf EU-Bürger. Interessant ist der Anstieg der Nettozuwanderung um 20 % aus den sogenannten „alten“ EU-Mitgliedstaaten (EU-14), der vor allem auf eine verstärkte Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen zurückzuführen ist. Gleichzeitig ging die Zuwanderung aus den nach 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten geringfügig um 2 % zurück.

Die meisten Zuwanderer aus der EU hatten eine rumänische (8.718), deutsche (7.227) oder ungarische (4.036) Staatsangehörigkeit. Aus den Drittstaaten zählen Bosnien und Herzegowina (1.689), Serbien (1.588) und Syrien (1.060) zu den Nationalitäten mit der stärksten Nettozuwanderung.

Die Nettozuwanderung in den letzten 10 Jahren spiegelt sowohl die EU-Beitritte ab 2004 als auch die starke Flüchtlingszuwanderung wider:



© WKÖ

Nach einer Nettozuwanderung von 17.053 im Jahr 2009 und einem Rekordwert von 113.067 im Jahr 2015 sieht man, dass die Effekte der Arbeitsmarktöffnung in Folge der EU-Erweiterungen kontinuierlich abnehmen. Die Nettozuwanderung von Bürgern aus „neuen“ EU-Mitgliedstaaten ging in den letzten fünf Jahren von 37.460 auf 21.679 zurück (-42%).

Zahl der 20 bis 60jährigen geht bis 2030 um rund 290.000 Personen zurück

Es ist davon auszugehen, dass die Nettozuwanderung aus vielen für Österreich relevanten Herkunftsländern künftig weiter zurückgehen wird, weil auch diese Länder von Überalterung betroffen sind und der internationale Wettbewerb um die besten Köpfe bereits in vollem Gange ist.

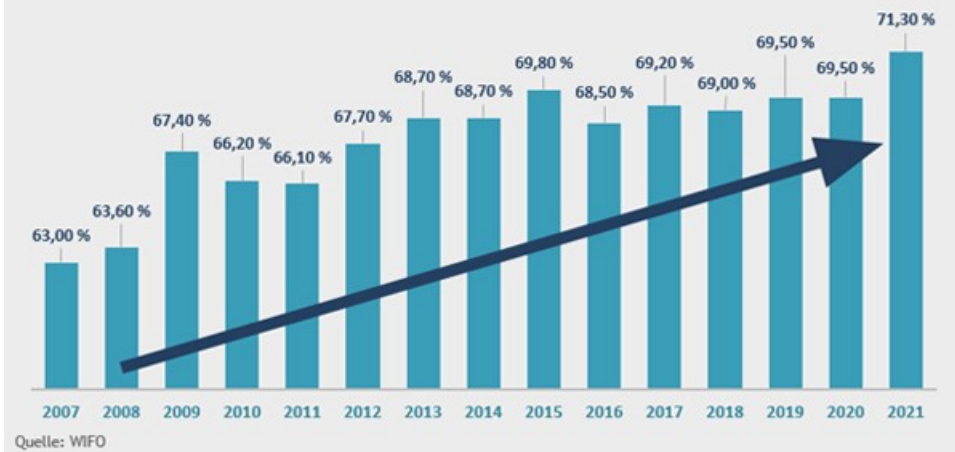
Dies bringt eine enorme Herausforderung für Arbeitsmarkt und Sozialsystem mit sich: Daten der Statistik Austria zufolge geht die Zahl der 20 bis 60jährigen in Österreich bis zum Jahr 2030 um rund 290.000 Personen zurück.

Es wird daher längerfristig gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Mobilität brauchen, um die Versorgung der Wirtschaft mit dringend benötigten Fachkräften sowie die Finanzierung des Sozialsystems aufrecht erhalten zu können.

von MMag. Margit Kreuzhuber

Fakt des Monats: Der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen steigt und steigt

LOHNQUOTE 2007-2021



© WIFO

Häufig wird beklagt, dass der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen langfristig sinkt – wegen Globalisierung, Digitalisierung, geringer Lohnerhöhungen, etc. Die Fakten zeigen das Gegenteil: Die Lohnquote wird nach WIFO im Jahr 2021 deutlich höher sein als 2007 und immer noch höher als im Jahr 2000.

Die Lohnquote steigt in Krisenzeiten an und sinkt in Aufschwungphasen. Das liegt daran, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich stärker schwanken als die Lohneinkommen. Aktuell müssen sich eher die Selbständigen um ihren Anteil am Wohlstand des Landes sorgen, nicht die Arbeitnehmer.

Neuer Ratgeber „Personalmaßnahmen in Krisenzeiten“

Maßnahmen bei „Auslastungsdellen“ und bei langen Auslastungsrückgängen – der aktuelle Ratgeber vermittelt praxisnah, welche arbeitsrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten für Unternehmen nach den konkreten Auswirkungen der Krise in Betracht kommen.

Bestellung unter:

Printausgabe: <https://webshop.wko.at/publikationen/arbeitsrecht-und-sozialrecht/pers-krise-buch.html>

e-book: <https://webshop.wko.at/publikationen/arbeitsrecht-und-sozialrecht/pers-krise-e-book.html>


Impressum

Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit

Leiter: Mag. Dr. Rolf Gleißner

Telefon: +43 (0)5 90 900 4286 

sp@wko.at

<https://wko.at/sp>

Das könnte Sie auch interessieren



Konferenz zur Zukunft Europas - Wie kann die Europäische Union zukunftsfit werden?

Beiträge und Positionen der WKÖ [➤ mehr](#)

Senkung der Mehrwertsteuer

Ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf elektronische Publikationen [➤ mehr](#)

